

- 3 **Konjunktur** Wieder aufwärts trotz Corona
- 4 **Private Equity** Einstieg von Finanzinvestoren ist häufig belastend für Unternehmen
- 6 **Arbeitswelt** Betriebe müssen sich auf Ältere einstellen
- 7 **Metallindustrie** Facharbeit bleibt gefragt

## CORONA

# Sorge um den Zusammenhalt wächst

Verschwörungsmythen haben mit der zweiten Corona-Welle an Zustimmung eingebüßt, doch die soziale Spaltung in der Pandemie nimmt zu.

Parallel zum Aufflammen des Infektionsgeschehens und zum „Lockdown Light“ ist die Empfänglichkeit für Corona-Verschwörungsmythen in Deutschland deutlich zurückgegangen – um fast ein Drittel. Zugleich hat aber auch die Zufriedenheit mit dem Krisenmanagement der Bundesregierung in der Bevölkerung spürbar abgenommen. Neben der Angst, an Covid-19 zu erkranken, erreicht auch die Sorge um den gesellschaftlichen Zusammenhalt einen neuen Höchststand. Und das kommt nicht überraschend: Die Zahl der Erwerbspersonen, die durch die Pandemie Einkommensverluste erlitten haben, ist weiter gestiegen. Und besonders deutlich ist die Zunahme bei Erwerbstägigen mit bereits zuvor niedrigen Einkommen, die seltener von Sicherungsmechanismen am Arbeitsmarkt erfasst sind. Damit erhärten sich die Indizien für eine Zunahme der sozialen Ungleichheit im Zuge der Coronakrise, wie neue Ergebnisse aus der Erwerbspersonenbefragung der Hans-Böckler-Stiftung zeigen.

Im November 2020, und damit nach Beginn der verstärkten Kontaktbeschränkungen, sind im Auftrag der Stiftung mehr als 6100 Erwerbstätige und Arbeitsuchende online befragt worden. Dieselben Personen hatten bereits im April und im Juni Auskunft gegeben, so dass sich ablesen lässt, wie sich Einstellungen zur und Belastungen durch die Pandemie im Zeitverlauf entwickeln.

„Die Menschen nehmen in der zweiten Welle die Bedrohung durch die Pandemie sehr deutlich wahr. Dabei wird Corona intensiver als zuvor wieder als medizinische Krise erlebt: 70 Prozent der Befragten machen sich aktuell Sorgen um ihre Gesundheit, zwölf Prozentpunkte mehr als im Sommer. Das verdrängt aber nicht die Sensibilität für die sozialen Aspekte. So ist die Quote der Menschen, die sich um den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Deutschland sorgen, noch einmal gestiegen: Befürchtungen über ein Auseinanderdriften der Gesellschaft äußern

jetzt 90 Prozent der Befragten, nach schon enorm hohen 84 Prozent im Juni“, so Bettina Kohlrausch, WSI-Direktorin und Professorin für gesellschaftliche Transformation an der Universität Paderborn. Die Sorge um den gesellschaftlichen Zusammenhalt treibe damit auch viele Befragte um, die akut nicht um ihre eigene wirtschaftliche Situation fürchten – das tun aktuell 58 Prozent – oder das akute Risiko sehen, infolge der Krise arbeitslos zu werden, was auf 13 Prozent zutrifft. Beide Werte sind seit Juni angestiegen, allerdings nur leicht. >>>

## Reale Sorgen nehmen zu

So hoch war der Anteil der Erwerbspersonen, die ...

Juni 2020

November 2020

... sich Sorgen um ihre Gesundheit machen

58% 

... sich um den gesellschaftlichen Zusammenhalt sorgen

84% 

... dem Satz zustimmen:

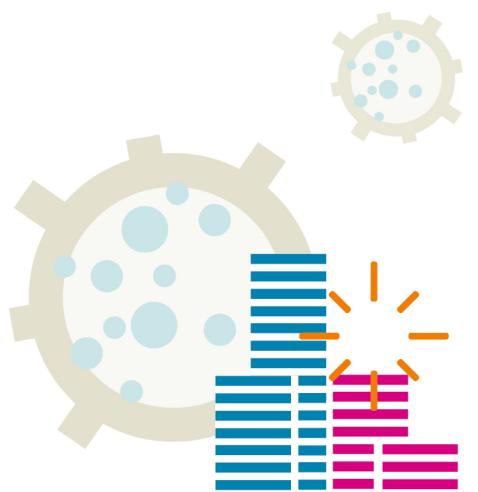
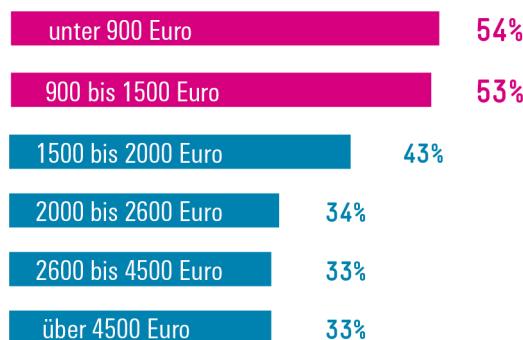
„Ich kann mir vorstellen, dass die Pandemie von Eliten benutzt wird, um die Interessen von Reichen und Mächtigen durchzusetzen.“

40% 



## Pandemie schmälert vor allem geringe Einkommen

Einbußen hatten infolge der Coronakrise\* von den Erwerbspersonen mit einem Netto-Individualeinkommen von .....



\* bis November 2020  
Quelle: WSI 2020

Hans Böckler  
Stiftung

## 40 Prozent haben Einkommen verloren

Parallel dazu ist die Empfänglichkeit für Verschwörungsmythen zurückgegangen. So stimmen aktuell 28 Prozent der Befragten der Aussage zu: „Ich kann mir vorstellen, dass die Pandemie von Eliten benutzt wird, um die Interessen von Reichen und Mächtigen durchzusetzen.“ Das ist ein Rückgang um zwölf Prozentpunkte oder knapp ein Drittel gegenüber Juni. 95 Prozent der im November befragten Erwerbspersonen gaben an, sich an die Hygieneregeln zu halten und Maske zu tragen. 86 Prozent reagieren nach eigener Angabe wütend, wenn sich andere Menschen fahrlässig nicht an Corona-Sicherheitsvorkehrungen halten. Zugleich ist allerdings auch die Zufriedenheit mit dem Krisenmanagement der Bundesregierung spürbar gesunken. 55 Prozent zeigen sich aktuell zufrieden oder sehr zufrieden damit, während es vor sechs Monaten 65 Prozent waren.

„Dass gleichzeitig die Empfänglichkeit für Verschwörungsmythen und die Akzeptanz von Anti-Krisen-Politik der Regierung sinken, wirkt erst einmal überraschend“, sagt die Soziologin Kohlrausch. Die Daten lieferten aber Erklärungsansätze, die alle eine Rolle spielen dürften: Ersstens gebe es wahrscheinlich mehr Menschen als im Sommer, denen aus Sorge um ihre Gesundheit etwa der „Lockdown Light“ noch nicht konsequent genug ist. Zweitens

habe die Zahl der Menschen weiter zugenommen, die im Zuge der Pandemie Einkommenseinbußen erlitten haben: Im November berichteten rund 40 Prozent der Befragten, im Laufe der Krise Einkommen verloren zu haben. Im Juni waren es gut 32 Prozent. Drittens zeige sich weiterhin, dass die Pandemie bestehende soziale Unwuchten verstärkt, erklärt Kohlrausch: „Menschen, die schon vorher ein niedrigeres Einkommen und eine weniger sichere Position auf dem Arbeitsmarkt hatten, sind besonders oft von Einbußen betroffen.“

So berichtete im November über die Hälfte der Befragten mit einem Nettoeinkommen unter 1500 Euro monatlich von Einkommenseinbußen während der Coronakrise. Unter den Befragten mit einem Einkommen ab 2000 Euro war hingegen nur rund ein Drittel betroffen. Im Juni lagen die Werte bei 43 beziehungsweise 26 Prozent. Damit erhärten die neuen Daten die Einschätzung des WSI, dass in diesem Jahr die Einkommensungleichheit in Deutschland zunehmen dürfte. Gleichzeitig ist unter den Befragten mit niedrigen Haushaltseinkommen die Zufriedenheit mit dem Krisenmanagement der Regierung deutlich geringer als in Gruppen mit höheren Einkommen.

## Kurzarbeitergeld: Mit Tarif wird fast doppelt so oft aufgestockt

Ein wesentlicher Grund für Einkommenseinbußen ist neben Umsatzverlusten bei Selbständigen nach wie vor Kurzarbeit, von der nach den neuen Daten im November sieben Prozent der Befragten betroffen waren. Das entspricht hochgerechnet rund 2,3 bis 2,4 Millionen Personen, von denen jeder Zweite schon länger als sechs Monate in Kurzarbeit war. Zwar sichert Kurzarbeit damit nach wie vor zahlreiche Arbeitsplätze, sie bedeutet für Betroffene aber trotzdem oft empfindliche Verdiensteinbußen. Diese werden aktuell bei 41 Prozent der Kurzarbeitenden durch eine Aufstockung des gesetzlichen Kurzarbeitergeldes gemildert. Von den Betroffenen, die nach einem Tarifvertrag bezahlt werden, erhielten 52 Prozent eine Aufstockung, ohne Tarifvertrag waren es lediglich 27 Prozent. „Das macht deutlich: Sicherungsmechanismen wie Sozialversicherung oder Tarifverträge funktionieren auch in einer langen, schweren Krise. Aber zu viele Menschen werden davon nicht voll erfasst – und das sind vor allem Beschäftigte mit ohnehin niedrigem Einkommen“, so Kohlrausch. ↗



### MEHR IM PODCAST

Die Corona-Pandemie führt zu einer Verschärfung der sozialen Ungleichheit. WSI-Direktorin Bettina Kohlrausch erläutert im Podcast, wie es dazu kommt und was dagegen getan werden sollte.

<https://www.boeckler.de/de/podcasts-22421-Corona-soziale-Ungleichheit-Verteilungsgerechtigkeit-Kohlrausch-28594.htm>